

ENTWURF

Ingenieurvertrag Objektplanung für Freianlagen

zwischen

der **Kreisstadt Unna**, Rathausplatz 1, 59423 Unna, diese vertreten durch den Bürgermeister

Dirk Wigant nachfolgend Auftraggeber (**AG**) genannt

und

X

nachfolgend Auftragnehmer (**AN**) genannt

wird folgender Werkvertrag geschlossen:

Inhalt

§ 1	Gegenstand des Vertrages	§ 10	Honorar
§ 2	Grundlagen des Vertrages	§ 11	Gewährleistung, Verjährung und Haftpflichtversicherung des Auftragnehmers
§ 3	Leistungsumfang des AN	§ 12	Bietergemeinschaft
§ 4	Baukostenobergrenze	§ 13	Aufrechnung / Abrechnung
§ 5	Allgemeine Vertragsbedingungen	§ 14	Vertragsstrafen
§ 6	Bevollmächtigung des AN	§ 15	Urheber- und Verwertungsrecht
§ 7	Leistungen des AG	§ 16	Rechtswahl - Erfüllungsort und Gerichtsstand
§ 8	Fachlich Beteiligte	§ 17	Schriftform
§ 9	Termine und Fristen	§ 18	Salvatorische Klausel

Die Funktionsbezeichnungen des Vertrages werden in weiblicher oder männlicher Form geführt.

§ 1 Gegenstand des Vertrages

Hinweis: (Soweit vor den Ziffern oder Textteilen Kästchen gesetzt sind, sind nur die mit einem Kreuz markierten vereinbart.)

1.1 Gegenstand dieses Vertrages sind die in § 3 beschriebenen Leistungen für folgende Baumaßnahme:

☐ den Neubau

☒ den Anbau

☒ den Umbau

☐ die Sanierung

OGS-Ausbau und Anbau an der Katharinenschule, Bornekampstr. 1, 59423 Unna

Die Leistungen sind in folgenden Leistungsbereichen zu erbringen:

1.1.1 Tragwerksplanung

☐ Bauwerk als

☐ Neubau

☐ Anbau

☐ Umbau

☐ Sanierung

~~Leistungen der Tragwerksplanung sind die statische Fachplanung für die Objektplanung Gebäude und Ingenieurbauwerke.~~

1.1.2 Freianlagen

☒ Freianlagen sind planerisch gestaltete Freiflächen und Freiräume sowie entsprechend gestaltete Anlagen in Verbindung mit Bauwerken oder in Bauwerken und landschaftspflegerische Freianlagenplanungen in Verbindung mit Objekten.

1.1.3 Technische Ausrüstung

☐ Bauwerk als

☐ Neubau

☐ Anbau

☐ Umbau

☐ Sanierung

1.1.4 Bauphysik

☐ 1.1 Wärmeschutz und Energiebilanzierung kann den Wärmeschutz von Gebäuden und Ingenieurbauwerken und die fachübergreifende Energiebilanzierung umfassen.

☐ 1.2 Die Bauakustik kann den Schallschutz von Objekten zur Erreichung eines regelgerechten Luft- und Trittschallschutzes und zur Begrenzung der von außen einwirkenden Geräusche sowie der Geräusche von Anlagen der Technischen Ausrüstung umfassen. Dazu kann auch der Schutz der Umgebung vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Lärm (Schallimmissionsschutz) gehören.

☐ 1.3 Die Raumakustik kann die Beratung zu Räumen mit besonderen raumakustischen Anforderungen umfassen.

Die Bau-/ Maßnahme umfasst:

1.2 Der AG verfolgt mit der Bau-/ Maßnahme folgende Zielsetzung: s.1.4

1.3 Der AG ist berechtigt, die Vertragsziele einseitig zu ändern.

1.4 Es ist beabsichtigt, die Baumaßnahme

☒ in mehreren Abschnitten durchzuführen

Meilensteine:

Bauantragsstellung	3. Quartal 2026
Fertigstellung	4. Quartal 2029

☐ je nach Finanzvolumen, Bewilligung der Zuwendungen bzw. Rats- oder Ausschussbeschlüssen in getrennten Abschnitten, zeitlich voraussichtlich wie folgt, durchzuführen:

Gebäude/Bauabschnitt	in der Zeit
----------------------	-------------

Die vorstehenden Zeitangaben sind unverbindlich. Eine Präzisierung erfolgt, wenn das Finanzvolumen, die Zuwendungen bzw. die Vorgaben auf Grund von Rats- oder Ausschussbeschlüssen endgültig feststehen.

1.5 vereinbarte Beschaffenheit

- Nach Abschluss der Baumaßnahme muss das Objekt/ die Maßnahme über folgende Nutzungsmöglichkeiten verfügen:
Nutzung als Grundschule mit dem Anbau und Ausbau der nötigen OGS-Räumen
- Anforderungen an Qualität / Standard:

Die zum Zeitpunkt der Errichtung des Gebäudes gültige EnEV, DIN und Arbeitsschutzrichtlinien sind einzuhalten. Die Planung der Nutzungseinheiten ist unter Berücksichtigung der Regelungen des Arbeits-, Umwelt- und Brandschutzes wirtschaftlich darzustellen. Die Forderungen des nachhaltigen Bauens sind insbesondere bei der Auswahl der Baustoffe und deren langfristiger, wirtschaftlicher Einsatz bis hin zur umweltgerechten Entsorgung zu berücksichtigen. Die Wertigkeit der Baustoffe muss den starken nutzungsbedingten Belastungen entsprechen und wirtschaftliche Sanierungen oder Reparaturen ermöglichen.

- Anforderungen an die Gestaltung: Nutzung als Schulhof, Anschluss an Stützmauer der Eselsbrücke,
- Anforderungen an Flächen-/ Raumprogramm: siehe Vorentwurf Architekt.
- Anforderungen an Funktionen: siehe Vorentwurf Architekt
- Anforderungen an Technik: Grundschule
- Anforderungen an Baukosten und Baunebenkosten:
(s. Budget)
- Weitere Eigenschaften des Bauprojektes: werden später festgelegt

§ 2 Grundlagen des Vertrages

2.1 Dem Vertrag liegen zugrunde:

- 2.1.1 ☒ die Bestimmungen dieses Vertrages
- 2.1.2 ☒ die Leistungsbeschreibung des Auftraggebers im Exposé zum Vergabeverfahren einschließlich Anlagen (Vorplanung, Gutachten)
- 2.1.3 ☒ das Angebot des Auftragnehmers vom xx.xx.2026
- 2.1.4 ☒ die Beschreibung der Baumaßnahme und der zu erbringenden Leistungen
- 2.1.5 ☒ Die Bewerbungsbedingungen aus dem Verhandlungsverfahren

2.2 Soweit dieser Vertrag nichts anderes bestimmt, gelten nacheinander:

- 2.2.1 die Bestimmungen über den Architekten- und Ingenieurvertrag (§§ 650 p ff.BGB)
- 2.2.2 die Verordnung über die Honorare für Architekten- und Ingenieurleistungen (Honorarordnung für Architekten und Ingenieure - HOAI -) in der bei Vertragsabschluss gültigen Fassung
- 2.2.3 die DIN 276/ 2018
- 2.2.4 das Tariftreue- und Vergabegesetz NRW in der bei Vertragsschluss gültigen Fassung
- 2.2.5 ./.

§ 3 Leistungsumfang des AN

- 3.1 Soweit wesentliche Planungs- und Überwachungsziele (gemäß § 1) noch nicht bekannt sind und deshalb nicht vereinbart wurden, hat der AN zunächst eine Planungsgrundlage zur Ermittlung dieser Ziele zu erstellen (Zielfindungsphase). Für diese Planungsgrundlage erbringt der AN die Leistungsphase 1 (Grundlagenermittlung) sowie aus Leistungsphase 2 erste Strichskizzen sowie zur Kosteneinschätzung eine überschlägige Kostenschätzung auf Basis von Vergleichsobjekten aus entsprechenden Datenbanken.

☐ Die Parteien sind sich einig, dass gemäß Ziffer 1.4 die wesentlichen Planungs- und Überwachungsziele bereits bekannt sind und deswegen diese Zielfindungsphase entfällt.

- 3.2 Der Auftragnehmer erbringt die zur ordnungsgemäßen Erfüllung des Auftrags erforderlichen Arbeitsschritte aus den Grundleistungen des Leistungsbilds:

~~Tragwerksplanung gemäß § 3 Abs. 2, § 51 HOAI und Anlage 14 Nr. 14.1.~~

- ~~3.2.1 ☐ Leistungsphase 1 Grundlagenermittlung~~
~~3.2.2 ☐ Leistungsphase 2 Vorplanung~~
~~3.2.3 ☐ Leistungsphase 3 Entwurfsplanung~~
~~3.2.4 ☐ Leistungsphase 4 Genehmigungsplanung~~
~~3.2.5 ☐ Leistungsphase 5 Ausführungsplanung~~
~~3.2.6 ☐ Leistungsphase 6 Vorbereitung der Vergabe~~
~~☐ Folgende Leistungen sind nicht enthalten bzw. werden zusätzlich~~
~~_____ beauftragt:~~

Freianlagen gemäß § 3 Abs. 2, § 39 HOAI und Anlage 11 Nr. 11.1 zur HOAI.

- 3.2.7 ☒ Leistungsphase 1 Grundlagenermittlung
3.2.8 ☒ Leistungsphase 2 Vorplanung
3.2.9 ☒ Leistungsphase 3 Entwurfsplanung
3.2.10 ☒ Leistungsphase 4 Genehmigungsplanung
3.2.11 ☒ Leistungsphase 5 Ausführungsplanung
3.2.12 ☒ Leistungsphase 6 Vorbereitung der Vergabe
3.2.13 ☒ Leistungsphase 7 Mitwirkung bei der Vergabe
3.2.14 ☒ Leistungsphase 8 Bauoberleitung
3.2.15 ☒ Leistungsphase 9 Objektbetreuung
3.2.16 ☒ Folgende Leistungen werden zusätzlich beauftragt:
☒ Überflutungsnachweis erstellen

Siehe 3.4.1 und 3.4.2

- ☒ Kanaluntersuchungsergebnisse sichten und einarbeiten
☒ Schnittstelle Tiefbauamt Stützwand Eselsbrücke

~~Technische Ausrüstung gemäß § 3 Abs. 2, § 55 HOAI und Anlage 15 Nr. 15.1 zur HOAI.~~

- 3.2.17 ☐ Leistungsphase 1 Grundlagenermittlung
- 3.2.18 ☐ Leistungsphase 2 Vorplanung
- 3.2.19 ☐ Leistungsphase 3 Entwurfsplanung
- 3.2.20 ☐ Leistungsphase 4 Genehmigungsplanung (entfällt in Anlagengr. 2,4,5)
- 3.2.21 ☐ Leistungsphase 5 Ausführungsplanung
- 3.2.22 ☐ Leistungsphase 6 Vorbereitung der Vergabe
- 3.2.23 ☐ Leistungsphase 7 Mitwirkung bei der Vergabe
- 3.2.24 ☐ Leistungsphase 8 Bauoberleitung
- 3.2.25 ☐ Leistungsphase 9 Objektbetreuung
- 3.2.26 ☐ Folgende Leistungen sind nicht enthalten bzw. werden zusätzlich beauftragt:

Bauphysik gemäß § 3 Abs. 1, § 3 Abs. 1, Anlage 1.2.2, 1.2.3 und 1.2.4 zur HOAI.

- 3.2.27 ☐ Leistungsphase 1 Grundlagenermittlung
- 3.2.28 ☐ Leistungsphase 2 Vorplanung
- 3.2.29 ☐ Leistungsphase 3 Entwurfsplanung
- 3.2.30 ☐ Leistungsphase 4 Genehmigungsplanung
- 3.2.31 ☐ Leistungsphase 5 Ausführungsplanung
- 3.2.32 ☐ Leistungsphase 6 Vorbereitung der Vergabe
- 3.2.33 ☐ Leistungsphase 7 Mitwirkung bei der Vergabe
- 3.2.34 ☐ Folgende Leistungen sind nicht enthalten bzw. werden zusätzlich beauftragt:

3.3 Soweit zur Erfüllung der übertragenen Planeraufgaben nach Ziffer 2 des Vertrages Besondere Leistungen insbesondere gemäß § 3 Abs. 3 HOAI und Anlage 10 Nr. 10.1 zur HOAI erforderlich werden, macht der AN den AG auf den diesbezüglichen Bedarf aufmerksam. Die Parteien schließen diesbezüglich schriftlich eine gesonderte Honorarvereinbarung.

An dieser Stelle werden bereits folgende **Besondere Leistungen** (HOAI) beauftragt:

- 3.3.1 ☒ Überflutungsnachweis erstellen

3.4 Zusätzlich sollen folgende **Zusätzliche Leistungen** (nicht nach HOAI) beauftragt werden:

- 3.4.1 ☒ Kanaluntersuchungsergebnisse sichten und einarbeiten
- 3.4.2 ☒ Schnittstelle Tiefbauamt "Stützwand Eselsbrücke" mitkoordinieren

3.5 Stufenweise Beauftragung

Der AG überträgt dem AN zunächst nur die in § 3 Ziffern 3.2.17 bis 3.2.19 genannten Leistungen.

- 3.5.1 Die AG beabsichtigt, die weiteren in § 3 vereinbarten Leistungen einzeln oder zusammengefasst

abzurufen, wenn die endgültige Entwurfsplanung vorliegt, diese von der AG und ggf. von anderen zu beteiligenden Stellen genehmigt bzw. gebilligt worden ist, die Finanzierung endgültig gesichert ist und wenn sonstige zwingende Gründe einer Weiterführung der Baumaßnahme nicht entgegenstehen. Die AG behält sich vor, bei verschiedenen Gebäuden und/oder Gebäudeteilen die weiteren nach § 3 vereinbarten Leistungen jeweils nur für bestimmte Bauabschnitte der Gesamtmaßnahmen abzurufen (abschnittsweise Beauftragung).

Die Übertragung erfolgt ausschließlich durch schriftliche Mitteilung. Auf die Übertragung hat der AN keinen Rechtsanspruch. Erfolgt der Abruf innerhalb von 6 Monaten nach Abnahme der bereits übertragenen Leistungen ist der AN verpflichtet, die weiteren übertragenen Leistungen auszuführen.

- 3.5.2 Aus der stufen- oder abschnittsweisen Beauftragung kann der AN keinen Anspruch auf Erhöhung des Honorars oder auf Schadenersatz ableiten.

§ 4 Baukostenobergrenze

Der AG hat für die Durchführung der Baumaßnahme insgesamt eine Kostenobergrenze in Höhe von Brutto 5.000.000 € für die Kostengruppen 200 - 700, gemäß DIN 276 festgelegt.

Für die Kostengruppe 500 wurde die Obergrenze vom 800.000,00 € brutto festgelegt.

In der Baukostenobergrenze sind nicht abzuschätzende Auflagen von Behörden und externen Fachberatern, sowie außergewöhnliche Materialpreiserhöhungen während der Planungs- und Bauzeit in allen Gewerken nicht enthalten.

Der AN hat im Rahmen seiner vertraglichen Pflichten und Möglichkeiten dafür Sorge zu tragen, dass die jeweilige Kostenobergrenze für die Gruppen 300, 400, 500 nicht überschritten wird.

Wird im Verlauf des Projektes erkennbar, dass die Baukosten insgesamt und/oder in einzelnen Kostengruppen überschritten wird, so hat der AN den AG über die voraus- sichtlichen Mehrkosten unverzüglich zu unterrichten. Dabei hat der AN die Ursachen für die Mehrkosten nachvollziehbar darzulegen und Einsparungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

§ 5 Allgemeine Vertragsbedingungen

5.1 Grundpflichten

5.1.1 Die vom AN zu erbringenden Leistungen haben den allgemein anerkannten Regeln der Baukunst, dem Stand der Technik, dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit - auch hinsichtlich der späteren Nutzung sowie der Unterhaltungs- und Betriebskosten - und den öffentlich - rechtlichen Bestimmungen zu entsprechen.

5.1.2 Der AN hat bei der Leistungserbringung u.a. folgende Regelwerke zu beachten und anzuwenden:

- a) die Vergabe- und Beschaffungsordnung des AG
- b) die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – VOB/B
- c) die Vergabeverordnung – VgV – bzw. UVgO.
- d) die geltende Muster- Richtlinie / -Verordnung für
- e) Merkblätter: ./.
- f) Zusätzliche Vertragsbedingungen:./.
- g) Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen:./.
- h) die Richtlinien zur Unfallverhütung der Bundesarbeitsgemeinschaft

der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand (BA. GUV)

- i) die DIN 276 / 2018
- j) Sonstiges:./.

- 5.1.3 Als Sachwalter des AG darf der AN keine Unternehmer- oder Lieferanteninteressen vertreten. Der AN darf im Rahmen der Durchführung dieses Vertrages keine Leistungen für Dritte erbringen es sei denn, dies wurde durch den AG schriftlich genehmigt. Etwaige Anforderungen Dritter, insbesondere von Trägern öffentlicher Belange, hat der AN dem AG unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Zu diesen Trägern zählen auch Feuerwehr, Katastrophenschutz, Verkehrsbetriebe und Versorgungsträger
- 5.1.4 Die Anforderungen an die zu erbringende Leistung werden durch eine beim AG vorhandene Sachkunde nicht eingeschränkt.
Der AN hat seinen Leistungen die schriftlichen Anordnungen und Anregungen des AG zugrunde zu legen und etwaige Bedenken hiergegen dem AG unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Der AN hat seine Leistungen, insbesondere Vor- und Entwurfsplanung sowie Leistungsverzeichnisse vor ihrer endgültigen Ausarbeitung, mit dem AG und den anderen fachlich Beteiligten (vgl. § 7) abzustimmen. Der AN hat rechtzeitig zu prüfen, ob seiner Planung öffentlich-rechtliche Hindernisse und Bedenken entgegenstehen.
Sämtliche Pläne und Leistungsverzeichnisse sind vom AN zu unterzeichnen und dem AG zur Erteilung eines Sichtvermerkes (Freigabe) rechtzeitig vorzulegen. Ein solcher Sichtvermerk ist auch bei allen Änderungen in den Unterlagen erforderlich
Die Haftung des AN für die Richtigkeit und Vollständigkeit seiner Leistungen wird durch den Sichtvermerk oder die Freigabe des AG nicht eingeschränkt.
- 5.1.5 Notwendige Überarbeitungen der Planungsunterlagen bei unverändertem Programm und nur unwesentlichen Änderungswünschen des AG begründen keinen Anspruch auf zusätzliche Vergütung. Unwesentlich ist eine geänderte Planung dann, wenn der hierfür erforderliche Mehraufwand nicht mehr als 8 Zeitstunden, oder, bezogen auf den gesamten Vertrag nicht mehr als insgesamt 40 Zeitstunden beträgt.
Der AN ist verpflichtet, den Zeitaufwand nachvollziehbar zu dokumentieren.
- 5.1.6 Nicht vereinbarte Leistungen, die der AG zur Herstellung der baulichen Anlage fordert, hat der AN zu übernehmen, soweit sein Büro diese Leistung erbringen kann. Die Vergütung hierfür hat der AN vor Leistungsbeginn gem. § 10 HOAI mit dem AG schriftlich zu vereinbaren.
- 5.1.7 Der AN hat die genehmigten Baukosten einzuhalten.
Er hat im Rahmen der Kostenkontrolle eine eigene Kostenüberwachung durchzuführen und mit dem AG abzustimmen.
Werden bei der laufenden Kostenkontrolle Kostenüberschreitungen, auch in einzelnen Gewerken, erkennbar, so hat der AN diese dem AG unverzüglich schriftlich, unter Angabe der Gründe mitzuteilen sowie Einsparungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Bei erkennbaren Kostenverschiebungen sind auf Verlangen des AG zusätzlich zu den Vierteljahresbilanzen, weitere Zwischenbilanzen zu erstellen. Kostenüberschreitungen müssen vor Durchführung der entsprechenden Arbeiten vom AG schriftlich genehmigt werden.
- 5.1.8 Die dem AN übertragenen Leistungen bilden ein einheitliches Ganzes und sind grundsätzlich persönlich und mit eigenen Mitarbeitern und nur durch erfahrene Fachkräfte zu erbringen. Als erfahrene Fachkraft gelten nur Personen mit abgeschlossener Fachausbildung (TH/TU oder FH) bzw. mit gleichwertigen Berufskenntnissen, die in der Regel über eine mindestens dreijährige Berufspraxis verfügen. Personen, welche diese Qualifikationen nicht erfüllen dürfen nur eingesetzt werden, wenn deren Anleitung und Überwachung durch eine erfahrene Fachkraft gewährleistet ist.

Der für die Bauüberwachung Verantwortliche ist vor Beginn dem AG namentlich zu benennen. Ein Personalwechsel ist nur in Ausnahmefällen (Kündigung Erkrankung) mit Zustimmung des AG zulässig. Dabei soll den berechtigten Interessen des AN Rechnung getragen werden.

- 5.1.9 Der AN darf ihm übertragene Leistungen nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des AG untervergeben.
- 5.1.10 Der AN hat von ihm gefertigten Unterlagen als Verfasser zu unterzeichnen.
- 5.1.11 Leistungsbeschreibungen sind auf der Grundlage der VOB/A, der VgV, der UVGO und der DIN und, sofern umgesetzt vorrangig die DIN EN - Vorschriften, jeweils in ihrer gültigen Fassung, aufzustellen. Sollten sich vor der Abnahme des Bauwerks technische Regelwerke, z. B. DIN (EN) – Normen ändern, so hat der AN, sobald er davon Kenntnis erlangen kann, dies der AG anzuzeigen, die technischen Änderungen und deren Vor- und Nachteile sowie die Kostenfolgen zu erläutern und die Entscheidung der AG abzuwarten.
Eine etwaige Aufteilung in Lose bzw. Fachlosgruppen bestimmt die AG.
- 5.1.12 Es sind nach Möglichkeit umweltfreundliche Bauprodukte, - Leistungen und - Verfahren auszuschreiben bzw. einzubauen.
Neben den sonstigen Erfordernissen sind bei Vorlage des Vorschlags zur Angebotswertung die Gesichtspunkt Energieeffizienz, Umweltfreundlichkeit der Bauprodukte, - Leistungen und - Verfahren zu berücksichtigen.
Die Verwendung von Baustoffen, Bauteilen und Einrichtungsgegenständen, die in eingebautem Zustand mehr als 0,1 ppm (ppm = parts per million = Teile pro Million, 1 ppm Formaldehyd bedeutet 1 Teil Formaldehyd auf 1 Million Teile Luft entsprechend 1,248 mg Formaldehyd in 1 cbm Luft) Formaldehyd an die Raumluft abgeben können, ist ausgeschlossen. Spanplatten dürfen kein Formaldehyd enthalten. Dies gilt auch für Baumaterialien und Bauteile, die nach dem Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe gesundheitsschädliche oder unzumutbare, geruchsbelästigende Verbindungen an die Raumluft abgeben.
Von den Firmen ist auf Verlangen die Einhaltung dieser Bedingungen durch ein Prüfzeugnis eines staatlichen Materialprüfungsamtes oder einer anerkannten Materialprüfungsanstalt zu fordern.
Grundsätzlich sind für alle chemischen Maßnahmen zum Schutz für Holz und Holzwerkstoffe - zur Verhütung zerstörender Einflüsse durch Pilze und Insekten - keine PCP- (Pentachlorphenol) und lindanhaltigen Mittel zuzulassen. Für diese Schutzmaßnahmen ist die DIN 68800 - Holzschutz im Hochbau – zu beachten. Der AN hat darauf zu achten, dass Innenräume nach der Durchführung von Holzschutzmaßnahmen ausreichend belüftet werden.
Bauprodukte für Gebäudefassaden und Dächer dürfen kein Asbest enthalten. Auch für alle anderen Bauteile, Baustoffe und Einrichtungsgegenstände ist der Einsatz und die Verarbeitung solcher Produkte, die Asbest enthalten, unzulässig.
- 5.1.13 Der AN ist ohne Anspruch auf eine zusätzliche Vergütung verpflichtet, auf Einladung an bis zu 3 Sitzungen der städt. Ratsgremien, in denen über Angelegenheiten des Bauvorhabens beraten wird, teilzunehmen.

5.2 Anforderungen an die Pläne

Der AN hat während der Leistungserbringung je nach den Erfordernissen der Baudurchführung, spätestens jedoch bis zur Beendigung seiner Leistungen einen Satz Pläne, einfach in Papierform und 1 Mal digital des berechtigten Entwurfs im Maßstab 1 : 100 bzw. 1 : 50 als Bestandszeichnungen mit den tatsächlich

vorhandenen Abmessungen, normengerecht farbig bzw. mit Symbolen angelegt und DIN-gerecht gefaltet, übernahmefähig zu übergeben.

Sämtliche vorzulegenden Zeichnungen, Beschreibungen und Berechnungen sind nach DIN anzufertigen und dem AG in kopier-/pausfähiger Ausführung zu übergeben. Planzeichen und Sinnbilder für Haustechnik nach DIN 18020 sind zu berücksichtigen. Die von den Zeichnungen angefertigten Vervielfältigungen sind vom AN im nötigen Umfang weiter zu bearbeiten, u. a. normengerecht farbig bzw. mit Symbolen anzulegen und DIN-gerecht zu falten.

Die vom AN vorzulegenden Zeichnungen, Beschreibungen, Berechnungen Tabellen und Texte sind dem AG in einfacher Ausfertigung und in digitaler Form zu übergeben.

5.3 Ausschreibungs- und Vergabeunterlagen, sonstige Unterlagen

Sämtliche Ausschreibungs- und Vergabeunterlagen sind einfach und in digitaler Form, unter Beachtung der Vorgaben des AGs, vorzulegen.

Zusätzlich sind alle Zeichnungen, Berechnungen, Tabellen und Texte in digitaler Form zu übergeben.

Alle Angebotsunterlagen verbleiben beim Fachbereich des AG; bei Bedarf hat sich der AN Abschriften/Ablichtungen anzufertigen.

Die Ergebnisse jeder Leistungsphase sind dem AG in digitaler Form zu übergeben (Projektdokumentation).

5.4 Baubesprechungsprotokolle

Der AN fertigt unverzüglich die Baubesprechungsprotokolle und verteilt diese innerhalb von 3 Werktagen, nach vorheriger Zustimmung des AGs, an die Beteiligten, diese werden nicht gesondert vergütet.

5.5 Wahrung der Rechte des AGs

Der AN ist zur Wahrung der Rechte und Interessen des AGs im Rahmen der ihm übertragenen Leistungen berechtigt und verpflichtet.

Der AN hat den AG unverzüglich über Umstände zu unterrichten, aus denen sich Ansprüche gegen ein mit der Bauausführung beauftragtes Unternehmen ergeben können. Die Geltendmachung derartiger Ansprüche obliegt dem AG.

Der AN ist verpflichtet, bekannt gewordene Bauleistungsschäden unverzüglich nach telefonischer Vorabmeldung schriftlich dem AG zu melden. Dabei hat er Rechnungen, die bei ihm eingehen vor Rechnungsprüfung und Weiterleitung in einfacher Ausfertigung an den AG mit dem Datum des Eingangs (Eingangsstempel) zu versehen. Er hat dafür zu sorgen, dass die Schadensrechnungen der Firmen dem AG so schnell wie möglich übermittelt werden. Zusätzlich hat der AN dem AG Ursachen und Verantwortlichkeiten mitzuteilen.

5.6 Rechnungen

Rechnungen, die beim AN eingehen, hat dieser vor Rechnungsprüfung und Weiterleitung in digitaler Form an den AG mit dem Datum des Eingangs (Eingangsstempel) zu versehen. Alle Rechnungen einschl. Mengenberechnungen und Abrechnungszeichnungen der Unternehmer über Bauleistungen und Lieferungen sind vom AN unverzüglich und vollständig zu prüfen und mit dem Vermerk „Sachlich,

fachtechnisch und rechnerisch richtig“ an den AG zum Zwecke der Zahlungen weiterzuleiten. Das gilt insbesondere auch für die Prüfung der Schlussrechnungen. Skontorechnungen sind innerhalb von 6 Werktagen zu bearbeiten und zur Zahlung weiterzuleiten. Für die Folgen der Verzögerungen haftet der AN. Unter Skontorechnungen fallen auch alle Rechnungen für Lieferungen nach UVGO/VgV.

Zum Zeichen der Prüfung hat der AN alle Ansätze und Beträge abzuhaken. Dabei ist die Farbe „Rot“ zu verwenden. Der Prüfungsvermerk „Sachlich, fachtechnisch und rechnerisch richtig“ erstreckt sich insbesondere auf die Versicherung, dass

- die aufgeführten Lieferungen und Leistungen in Art, Güte und Umfang tatsächlich erbracht sind;
- diese Lieferungen und Leistungen fachgerecht und vertragsgemäß ausgeführt worden sind;
- die angegebenen Zahlen, Vordersätze, Mengenberechnungen, Abrechnungszeichnungen usw. richtig sind;
- die Rechnung rechnerisch richtig ist;
- Übereinstimmung mit dem erteilten Auftrag besteht;
- die Preise dem Auftrag entsprechen;
- die Pläne, Vertragspreise und sonstigen Bauunterlagen eingehalten worden sind;
- nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit verfahren wurde.

5.7 Zusammenarbeit zwischen AG, AN und anderen fachlich Beteiligten

- 5.7.1 Dem AN gegenüber wird der AG allein durch die in § 7 Ziffer 7.1 genannte Dienststelle vertreten. Nur diese Dienststelle, nicht die nutzende Verwaltung, ist gegenüber dem AN weisungsbefugt.
- 5.7.2 Der AG unterrichtet den AN rechtzeitig über die Leistungen, die andere an der Planung und/oder Bauüberwachung fachlich Beteiligte zu erbringen haben und über die mit diesen vereinbarten Fristen und Termine, sofern dies nicht eine Grundleistung ist, welche dem AN obliegt.
- 5.7.3 Der AN ist verpflichtet, den anderen fachlich Beteiligten in erforderlichem Maße Auskunft zu geben, Einblick in seine Unterlagen zu gewähren und die notwendigen Angaben und Unterlagen so rechtzeitig zu liefern, dass diese ihre Leistungen ordnungsgemäß und auf der Grundlage der Planungs- und Bauablaufplanung ordnungsgemäß und termingerecht erbringen können.
- 5.7.4 Die Leistungen der jeweils fachlich Beteiligten sind vom AN mit seinen Leistungen abzustimmen und in diese einzuarbeiten. Wenn während der Vertragserfüllung Meinungsverschiedenheiten zwischen dem AN und anderen fachlich Beteiligten auftreten, hat der AN unverzüglich schriftlich die Entscheidung des AG herbeizuführen.
- 5.7.5 Der AN ist verpflichtet, im Rahmen der vereinbarten Leistungen den AG über alle bei der Durchführung seiner Aufgaben wesentlichen Angelegenheiten unverzüglich zu unterrichten. Er hat den AG in hinreichendem Umfang über den Stand der Planung und die Realisierung der Vertragsziele zu informieren. Deutet sich an, dass Vertragsziele aller Voraussicht nach nicht erreicht werden können oder Termine nicht gehalten werden können, ist der AN verpflichtet den AG umgehend zu informieren, die Ursachen dafür zu benennen und Alternativen bzw. Lösungsmöglichkeiten vorzustellen.
- 5.7.6 Der AN hat über seine Leistungen und die ihm bei der Vertragserfüllung bekannt gewordenen Vorgänge Dritten gegenüber Stillschweigen zu bewahren. Der AN darf ohne Einwilligung des AGs keine Unterlagen aushändigen oder Auskünfte erteilen, die sich auf die Baumaßnahme beziehen.

Für die Öffentlichkeitsarbeit ist ausschließlich die Pressestelle der AG zuständig.

- 5.7.7 Der AG wird den AN auf die Einhaltung des Verpflichtungsgesetzes verpflichtet. Der AN und seine mit der Ausführung der vertraglichen Leistungen befassten Mitarbeiter müssen sich auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten gemäß § 1 des Verpflichtungsgesetzes vom 2. März 1974 (BGBl. I, S. 469) in der Änderungsfassung vom 15. August 1974 (BGBl. I, S. 1942) in Verbindung mit § 11 Abs. 1 Nr. 4 des Strafgesetzbuches verpflichten lassen. Der Einsatz anderer Mitarbeiter als der besonders Verpflichteten darf nur nach deren Verpflichtung erfolgen. Diese Mitarbeiter sind unverzüglich nach zu benennen.

5.8 Auskunftspflicht des AN

Der AN hat der AG auf dessen Anforderung über seine Leistungen unverzüglich und ohne besondere Vergütung Auskunft zu erteilen, bis das Rechnungsprüfungsverfahren für das Vorhaben für abgeschlossen erklärt ist.

5.9 Herausgabeanspruch des AG

Die vom AN zur Erfüllung dieses Vertrages für den AG gefertigten und beschafften, sowie die ihm überlassenen Unterlagen sind dem AG auf Anforderung, spätestens mit der Abnahme seiner Vertragsleistung, auszuhändigen und werden dessen Eigentum. Hierzu gehören auch Vervielfältigungen der der Ausführung entsprechenden Originalzeichnungen und -berechnungen. Weiterhin kann der AG nach Beendigung der Leistungen des AN die Aushändigung aller Schriftstücke und Pläne verlangen, die sich auf die Ausführung von Aufträgen beziehen und von rechtserheblicher Bedeutung sein können. Ein Zurückbehaltungsrecht des AN ist ausgeschlossen. Dies gilt auch, wenn das Vertragsverhältnis vorzeitig endet.

5.10 Zahlungen

- 5.10.1 Eine Abschlagszahlung einschließlich Umsatzsteuer kann nur für nachgewiesene, vertragsgemäß erbrachte Leistungen gewährt werden.
- 5.10.2 Die Schlusszahlung/ Teilschlusszahlung für die übrigen Leistungen wird fällig, wenn der AN sämtliche Leistungen aus diesem Vertrag erfüllt hat, seine Leistung abgenommen wurde und der AN eine prüfbare Schlussrechnung eingereicht hat.
- 5.10.3 Vertragsgemäß erbrachte, beantragte und nachgewiesene Nebenkosten werden anteilig zu Honorarzahlen erstattet.
- 5.10.4 Alle Rechnungen (einschließlich Nachweis für Nebenkosten) sind im Original einzureichen. Der AN kann die Rechnung auch in elektronischer Form, versehen mit einer qualifizierten Signatur, einreichen.
- 5.10.5 Wird nach Annahme der Schlusszahlung/Teilschlusszahlung festgestellt, dass das Honorar abweichend vom Vertrag oder aufgrund unzutreffender Honorarparameter ermittelt wurde, so ist die Abrechnung zu berichtigen. Das gleiche gilt bei Rechen- und/oder Übertragungsfehlern. AG und AN sind verpflichtet, die dem anderen Teil danach jeweils zustehenden Beträge zu erstatten. Der AN kann sich nicht auf einen Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) berufen. Der AN ist verpflichtet, eine Überzahlung innerhalb von 14 Kalendertagen, nach Aufforderung,

zu erstatten, danach befindet er sich im Verzug.

5.11 Kündigung

- 5.11.1 Der AG kann den Vertrag kündigen, wenn sich eine Leistung des AN schon während ihrer Ausführung als mangelhaft oder vertragswidrig erweist, er dem AN eine angemessene Frist zur Beseitigung des Mangels gesetzt und erklärt hat, dass er ihm nach dem fruchtlosen Ablauf der Frist den Auftrag entziehen werde.

Das Gleiche gilt, wenn der AN mit der Erfüllung einer ihm im Vertrag als verbindlich gesetzten Frist in Verzug gerät, der AG ihm eine angemessene Nachfrist zur Vertragserfüllung gesetzt und erklärt hat, dass er ihm nach fruchtlosem Ablauf der Frist den Auftrag entzieht.

- 5.11.2 Der AG kann den Vertrag jederzeit, der AN nur aus wichtigem Grund kündigen. Im Falle der Kündigung aus wichtigem Grund ist die Einhaltung einer Kündigungsfrist nicht erforderlich.

- 5.11.3 Wird aus einem Grund gekündigt, den der AG zu vertreten hat, ist der AN berechtigt, für die mangelfrei erbrachten Leistungen die vereinbarte Vergütung zu verlangen. Für die noch nicht erbrachten Leistungen wird die Vergütung auf 5% der noch verbleibenden Vergütung festgelegt.

Dem AN bleibt es unbenommen, einen höheren Vergütungsanspruch nach- zuweisen. Er muss sich jedoch das anrechnen lassen, was er infolge der Aufhebung des Vertrages an Aufwendungen erspart oder durch anderweitige Verwendung seiner Arbeitskraft erwirbt oder böswillig zu erwerben unterlässt; der Nachweis obliegt dem AN.

Der AG ist berechtigt, den Nachweis auf Anspruch einer geringeren Vergütung für nicht erbrachte Leistungen zu erbringen. Eine Vergütung für nicht erbrachte Leistungen wird ohne Umsatzsteuer gezahlt.

- 5.11.4 Bei schuldhafter Nichterfüllung der Verpflichtungen aus einer Verpflichtungserklärung nach § 4 Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein–Westfalen (TVgG – NRW) durch den AN sowie bei schuldhaften Verstößen gegen die Verpflichtungen des AN aus § 9 Abs. 1 TVgG – NRW ist der AG zur fristlosen Kündigung des Vertrages berechtigt.

§ 6 Projektleitung

- 6.4 Der AN benennt als Projektleiter:

Name:

Arbeitsstelle:

Telefon/Fax/Handy/ E-Mail :

§ 7 Leistungen des Auftraggebers

- 7.1 Der AG wird während der Durchführung des Bauprojekts ausschließlich durch
Herrn/Frau : Christina Bodewitz

Dienststelle
Telefon/Fax/Handy/ E-Mail

oder durch das Immobilienmanagement
festzulegende Vertretung
: Immobilienmanagement, Kreisstadt Unna
: 02303-1032315
Christina.bodewitz@stadt-unna.de

vertreten und ist Ansprechpartnerin in allen diesen Vertrag und seine Durchführung betreffenden Fragen.

Folgende Leistungen werden vom AG erbracht:

- 7.2 Der AG wählt das Baugrundstück aus. Soweit das Grundstück für den vorgesehenen Zweck nicht tauglich erscheint, hat der AN die AG darauf hinzuweisen. Der AG wird ggf. ein Gutachten über dessen Eignung einholen.
- 7.3 Der AG stellt dem AN die bei ihm vorhandenen Unterlagen soweit der AN sie für seine Leistungen benötigt, zur Verfügung. Der AN hat den Erhalt der Unterlagen zu quittieren.
- 7.4 Der AG stimmt das Projekt durch den in Ziffer 6.1 genannten Projektleiter mit der nutzenden Verwaltung ab.
- 7.5 Aufträge an ausführende Firmen oder fachlich Beteiligte werden nur von dem AG vergeben.
- 7.6 Der AG trifft die sachliche Feststellung und bringt die Zahlungen zu den vom AN geprüften Rechnungen zur Anweisung.

§ 8 Fachlich Beteiligte

- 8.1 ☒ Objektplanung Architekt
- 8.2 ☒ Schadstoffgutachter
- 8.3 ☒ Gründungsberatung/ Bodengutachten
- 8.4 ☒ Küchenplanung
- 8.5 ☒ Tragwerksplanung und Bauphysik
- 8.6 ☒ Prüfstatiker
- 8.7 ☒ Technische Gebäudeausrüstung
- 8.8 ☒ Vermesser
- 8.9 ☒ Brandschutzgutachter

8.10 ☒ SIGEKO

8.11 ☒ Freianlagen

§ 9 Termine und Fristen

Für die Leistungen nach § 3 gelten folgende Termine bzw. Fristen:

- | | | |
|---|---|---------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> 9.1 | Erbringung der Leistungsphase(n) 1 – 4, gemäß Ziffer(n) 3.2.7 bis 3.2.10 | bis 2. Quartal 2027 |
| <input type="checkbox"/> 9.2 | Erbringung so kurzfristig wie möglich, spätestens aber | bis zum |
| <input type="checkbox"/> 9.3 | Bei Abruf der Leistungsphase 5, Ausführungsplanung Sämtliche Schal- und Bewehrungspläne | bis zum |
| <input type="checkbox"/> 9.4 | Erarbeitung Ausschreibung für das erste Vergabepaket | bis zum |
| <input type="checkbox"/> 9.5 | Vergabe der Bauleistungen erstes Vergabepaket | bis zum |
| <input checked="" type="checkbox"/> 9.6 | Fertigstellung des Gesamtprojektes | bis 4. Quartal 2029 |
| <input type="checkbox"/> 9.7 | Projektlaufzeit von ca. Monaten | |

Die vorstehenden Fristen werden durch den verbindlichen Bauzeitenplan modifiziert, der Bestandteil des Vertrages wird.

§ 10 Honorar

10.1 Grundlagen des Honorars:

10.1.1 Anrechenbare Kosten

Für sämtliche in diesem Vertrag genannten Leistungen wird das Honorar auf der Grundlage der Honorarermittlung des Angebotes vom ermittelt.

☒ Für die vorläufige Honorierung, d.h. bis zum Vorliegen der vom AG genehmigten Kostenberechnung bzw. -schätzung, werden die anrechenbaren Kosten der KG 500 mit zunächst brutto

Gesamt Kostengruppe 500:	800.000,00 € brutto
	672.000,00 € netto

zugrunde gelegt.

☐ Die anrechenbaren Kosten (KG 300/ 400) wurden auf der Grundlage der als Anlage beigefügten Kostenschätzung / Kostenberechnung mit zugrunde gelegt

☒ Die Vertragsparteien werden bei Vorlage der Kostenberechnung hinsichtlich des Werts der mitzuverarbeitenden Bausubstanz eine gesonderte schriftliche Vereinbarung treffen (§ 2 Abs. 7, § 4 Abs. 3 HOAI).

10.1.2 Kommt das geplante Bauvorhaben nicht zur Ausführung, erfolgt die Abrechnung des Honorars nach der vorliegenden, vom AG genehmigten Kostenermittlung (Kostenschätzung, -berechnung). Liegt diese nicht vor, werden der Honorarabrechnung, die angegebenen vorläufigen anrechenbaren Kosten endgültig zugrunde gelegt.

10.1.3 Bei Bauvorhaben, die aus mehreren Bauwerken bestehen, wird das Honorar angelehnt an § 52 HOAI 2021 ermittelt.

10.1.4 Gemäß Angebot vom werden in Anlehnung an die HOAI folgende Honorarsätze vereinbart:

☒ **Freianlagen, Anlehnung an Honorarzone: _____**

Mindestsatz ☐

Mittelsatz ☐

Höchstsat ☐

Abschlag _____%

Pauschal _____

☐ **Tragwerksplanung, Anlehnung an Honorarzone: _____**

Mindestsatz ☐

Mittelsatz ☐

Höchstsat ☐

Abschlag _____%

Pauschal _____

☐ **Technische Ausrüstung, Honorarzone: _____**

Mindestsatz ☐

Mittelsatz ☐

Höchstsat ☐

Abschlag %

Pauschal/.....

☐ **Bauphysik, Anlehnung an Honorarzone: _____**

Mindestsatz ☐

Mittelsatz ☐

Höchstsat ☐

Abschlag _____%

Pauschal _____

10.2 Berechnung des Honorars

~~Besondere Grundlagen des Honorars~~

~~10.2.1 ☐ für Tragwerksplanung~~

~~Bei einem hohen Anteil an Kosten der Gründung und der Tragkonstruktionen werden abweichend von § 50 Absatz 1 die anrechenbaren Kosten nach § 50 Absatz 3 ermittelt. Dann Kosten der Baukonstruktion davon 90%, Kosten der Technischen Anlagen davon 15%.~~

~~10.2.2 ☐ Vereinbarung gem. § 50 Abs. 5 für Mehrleistungen~~

~~Die Kosten für Mehrleistungen für das Tragwerk im Sinne des § 50 Abs. 5 werden mit € vereinbart.~~

~~10.2.3 ☐ Vereinbarung gemäß § 52 Abs. 5~~

~~Da der Planungsaufwand für das Tragwerk bei Ingenieurbauwerken mit großer Längenausdehnung in einem Missverhältnis zum ermittelten Honorar steht, wird folgende Unterschreitung des Mindestsatzes vereinbart:~~

~~10.3 Für die in § vereinbarten Besonderen Leistungen, vgl. Ziff.~~

☐ wird folgendes Honorar vereinbart:

10.3.1	Grundlagenermittlung	
	Besondere Leistungen:	€
	Vorplanung	
	Besondere Leistungen:	€
10.3.3	Entwurfsplanung	
	Besondere Leistungen:	€
10.3.4	Genehmigungsplanung	
	Besondere Leistungen:	€
10.3.5	Ausführungsplanung	
	Besondere Leistungen:	€
10.3.6	Vorbereitung der Vergabe	
	Besondere Leistungen:	€
10.3.7	Mitwirkung der Vergabe	
	Besondere Leistungen:	€
10.3.8	Objektüberwachung	
	Besondere Leistungen:	€
10.3.9	Objektbetreuung und Dokumentation	
	Besondere Leistungen:	€
10.3.10	bei Umbauten und Modernisierung	
	Besondere Leistungen:	€

~~bei Instandsetzungen und Instandhaltungen Besondere Leistungen~~

☐ wird ein Pauschalhonorar in Höhe von netto € vereinbart.

~~10.4 Für die Berechnung des Honorars für die Vorplanung oder Entwurfsplanung als Einzelleistung wird gemäß § vereinbart:~~

☐ eine Erhöhung des Honorars wird ausgeschlossen.

☐ für die Vorplanung wird eine Erhöhung um _____ % vereinbart.

☐ für die Entwurfsplanung wird eine Erhöhung um _____ % vereinbart.

~~10.5 Für Umbauten und Modernisierungen nach §§ 6 Abs. 2, Satz 3, 52 Abs. 4 HOAI wird ein Zuschlag von _____ % vereinbart.~~

~~10.6 Für Instandhaltung und Instandsetzung i. S. v. § 2 Abs. 8 oder 9 HOAI wird eine _____ Erhöhung des Honorars gem. § 12 Abs. 2 HOAI ausgeschlossen.~~

~~10.7 Bezüglich der mitzuverarbeitenden Bausubstanz i. S. v. § 2 Abs. 7 HOAI vereinbaren die Parteien bei Vorlage der endgültigen Planung eine angemessene Berücksichtigung.~~

10.8 Stundensatzhonorar und Tagessatzhonorar

Es werden folgende Stundensätze vereinbart für

Auftragnehmer/ Geschäftsinhaber €/h netto
Dipl. Ing. / Master €/h netto
Techn. Mitarbeiter/ Bachelor €/h netto
Verwaltungsmitarbeiter €/h netto

Es werden folgende Tagessätze vereinbart für

Auftragnehmer/Geschäftsinhaber €/d netto
Dipl. Ing. / Master €/d netto
Techn. Mitarbeiter/ Bachelor €/d netto
Verwaltungsmitarbeiter €/d netto

Die Berechnung der Zeithonorare erfolgt nach den im Vertrag vereinbarten Stundensätzen durch abschätzen des benötigten Zeitbedarfs als Fest- oder Höchstbetrag: Ist eine Vorausschätzung nicht möglich ist das Honorar nach dem nachgewiesenen Zeitaufwand zu berechnen. Der AN hat erbrachte Leistung und den Leistungszeitraum unter Angabe des jeweiligen Bearbeiters zu dokumentieren und nachvollziehbar nach- zuweisen. Die Stundenzettel sind der AG wöchentlich zu übergeben.

10.9 ☒ Erstattung von Nebenkosten erfolgt gemäß Angebot vom

10.9.1 ☐ wird gem. § 14 Abs. 1 S. 2 HOAI ausgeschlossen

10.9.2 ☐ werden gem. § 14 Abs. 3, Satz 1 HOAI nur auf Nachweis erstattet.

10.9.3 ☐ werden mit einer Pauschale in Höhe von _____ € abgegolten.

10.9.4 ☐ werden pauschal mit % des Nettohonorars abgegolten.

10.9.5 ☐ Sofern der AG vor der Anfertigung von Vervielfältigungskosten eine Kostenübernahmeerklärung gemäß § 7 Ziffer 7.5 abgegeben hat werden Vervielfältigungskosten und Zeichnungen auf Nachweis erstattet. Der Nachweis muss den jeweiligen Verwendungszweck erkennen lassen und ohne weiteres prüfbar sein. Zu den Vervielfältigungskosten von Zeichnungen zählen nicht fotografische Vergrößerungen, die der AN im Zuge der Planung bei den weiterfolgenden Leistungen im größeren Maßstab verwendet. Die Kosten hierfür werden vom AG nicht erstattet.

10.9.6 ☐ Längere Reisen des AN und seiner Hilfskräfte zur Erfüllung der vertraglichen Leistungen bedürfen ebenfalls der vorherigen schriftlichen Zustimmung des AG. Die Abrechnung erfolgt nach den Bestimmungen des Reisekostenrechts für das Land Nordrhein-Westfalen in der jeweils gültigen Fassung.

10.9.7 ☐ Sonstige Nebenkosten

10.10 Die im Zeitpunkt der Leistungserbringung gültige Umsatzsteuer für das Honorar des AN und für die Nebenkosten wird zusätzlich gezahlt.

10.11 Änderungen des Leistungsumfangs (§ 10 Abs. 1, 2 HOAI)

10.11.1 Ändern sich die anrechenbaren Kosten infolge einer einvernehmlichen Änderung des beauftragten Leistungsumfangs, ändert sich das Honorar entsprechend:

- ☒ Bestimmt sich das Honorar nach den anrechenbaren Kosten gemäß Ziffer 10.1.1., sind die geänderten anrechenbaren Kosten maßgeblich für die von der Änderung des Leistungsumfangs betroffenen Leistungsphasen.
- ☐ Bestimmt sich das Honorar nach Zeitaufwand, ermittelt sich der durch die Änderung des beauftragten Leistungsumfangs ausgelöste Mehraufwand nach dem damit verbundenen Aufwand und dem vereinbarten Stundensatz.
- ☐ Bestimmt sich das Honorar nach einer Pauschale, ändert sich diese Pauschale im Verhältnis der geänderten anrechenbaren Kosten zu den der Pauschalhonorarvereinbarung zugrunde liegenden anrechenbaren Kosten.
- ☐ Anderweitige sonstige Anpassungsvereinbarung: _____

10.11.2 Kommt es zur Wiederholung von Grundleistungen (§ 10 Abs. 2 HOAI, z.B. mehrere Vorentwurfs- oder Entwurfsplanungen), ohne dass sich dadurch die anrechenbaren Kosten ändern, sehen die Vertragsparteien Folgendes vor:

- ☒ Bestimmt sich das Honorar nach den anrechenbaren Kosten gemäß Ziffer 10.1.1., ist das Honorar für die wiederholte Grundleistung nach den Parametern der HOAI unter Berücksichtigung des Anteils an der jeweiligen Leistungsphase zu ermitteln.

- ☐ Bestimmt sich das Honorar nach Zeitaufwand oder einer Pauschale, ist das Honorar für diese Wiederholung nach Zeitaufwand gemäß § 10.2. dieses Vertrages zu ermitteln.

10.12 Änderung des vereinbarten Planungsleistungsumfangs

Werden die Bauleistungen nicht gewerkeweise ausgeschrieben und vergeben, behält sich der AG vor, Teilleistungen einzelner Leistungsphasen ab LPH 4 zu vergeben. In diesem Fall führt der reduzierte Auftragsumfang nicht zum Anspruch auf volle Vergütung aller betroffenen Leistungsphasen. Ebenso wird aus dem gleichen Grund ein Schadenersatzanspruch ausgeschlossen.

§ 11 Gewährleistung, Verjährung und Haftpflichtversicherung des AN

- 11.1 Gewährleistungs- und Schadenersatzansprüche des AG richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes vereinbart ist.
- 11.2 Haftet der AN wegen einer Verletzung seiner Vertragspflichten, egal aus welchem Rechtsgrund, so hat er dem AG bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit den verursachten Schaden in voller Höhe zu ersetzen.
- 11.3 In allen anderen Fällen (leichte Fahrlässigkeit) beschränkt sich die Haftung der Höhe nach auf die in diesem Vertrag vereinbarten Deckungssummen. Dabei ist unerheblich, ob der Schaden versicherbar ist.
- 11.4 Bevor der AG den AN wegen eines Überwachungsfehlers in Anspruch nimmt, hat der AG der ausführenden Firma eine angemessene Frist zu Nacherfüllung zu setzen, § 650t BGB.

11.5 Verjährung

- 11.5.1 Die Gewährleistungsansprüche des AGs aus diesem Vertrag verjähren in fünf Jahren. Die Verjährung beginnt mit der Abnahme der vom AN erbrachten Leistungen.

Für Schadenersatzansprüche wegen positiver Vertragsverletzung gelten die gesetzlichen Vorschriften über die Verjährung.

- 11.5.2 Beginn der Verjährung der Sachmängelansprüche: Die Verjährung beginnt mit der Abnahme der Gesamtleistung des AN oder bei zulässiger Teilabnahme mit der insoweit abgenommenen Teilleistung. Werden dem AN nur einzelne Leistungen übertragen, beginnt die Verjährung mit deren Abnahme, die, soweit dem AN lediglich Planungsleistungen übertragen worden sind, auch in der beanstandungsfreien Entgegennahme und Benutzung der Leistungen des AN bei der weiteren Objektverwirklichung liegt.

- 11.5.3 Die Verjährung des Honoraranspruchs beginnt mit Ablauf des Jahres, in dem die Abschlags, Teilschluss- oder Honorarschlussrechnung – deren Prüfbarkeit vorausgesetzt – übergeben worden und bei Teilschlussrechnung oder Honorarschlussrechnung auch die Abnahme der Leistungen erfolgt ist.

- 11.6 Der AN muss während der gesamten Vertragslaufzeit eine Berufshaftpflichtversicherung unterhalten und nachweisen.

Er hat zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der im Vertrag vereinbarten Deckungssummen besteht.

Bei Arbeitsgemeinschaften (ARGE) muss jedes Mitglied der ARGE nachweisen, dass der

Versicherungsschutz in dem nachfolgenden Umfang besteht:

☒ für Personenschäden 2.000.000, - €

☒ für sonstige Schäden 1.000.000, - €

zweifach maximiert für das Versicherungsjahr.

11.7 Der AN muss das Bestehen einer Berufshaftpflichtversicherung nachweisen. Bevor dieser Nachweis nicht erbracht wird hat der AN keinen Anspruch auf Leistungen oder Honorarzahungen durch den AG. Der Nachweis ist durch Vorlage der Versicherungspolice und einer aktuellen Bestätigung der Berufshaftpflichtversicherung über das Bestehen der Versicherung zu führen. Der AG kann Zahlungen vom Nachweis des Fortbestehens des Versicherungsschutzes abhängig machen.

11.8 Der AN hat zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus diesem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der im Vertrag genannten Deckungssummen während der Abwicklung des Bauprojekts bis zur Abnahme besteht.

Der AN ist zur unverzüglichen schriftlichen Anzeige verpflichtet, wenn und soweit die Deckung in der vereinbarten Höhe nicht mehr besteht. In diesem Falle ist er verpflichtet, durch Abschluss eines neuen Versicherungsvertrags Deckung in der vereinbarten Höhe für die gesamte Vertragszeit sicherzustellen und nachzuweisen.

11.9 Abnahme

11.9.1 Es gelten § 640 BGB und § 650s BGB.

11.9.2 Stufenweise Beauftragung: Bei stufenweiser Beauftragung erfolgt eine Abnahme der einzelnen erbrachten Stufen.

§ 12 Bietergemeinschaft

12.1 Sofern eine Bietergemeinschaft AN ist, hat der AN durch eine schriftliche Vollmacht, die von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft unterschrieben sein muss, zu bestimmen, welches Mitglied der Bietergemeinschaft diese gegenüber dem AG federführend vertritt. Die Bietergemeinschaft benennt als federführendes Mitglied

Name: _____

Anschrift: _____

Telefon/Fax/
Handy/Email _____

Beschränkungen der Vertretungsbefugnis, die sich aus dem Bietergemeinschaftsvertrag ergeben, sind gegenüber dem AG unwirksam.

12.2 Für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen einschließlich der Gewährleistungspflichten haftet jedes Mitglied der Bietergemeinschaft, auch nach deren Auflösung, gesamtschuldnerisch.

12.2 Zahlungen mit befreiender Wirkung für den AG erfolgen ausschließlich durch Leistung an

den bevollmächtigten Vertreter oder nach dessen schriftlicher Weisung an Dritte. Zahlungen an einzelne Mitglieder der Bietergemeinschaft werden nur nach Vorlage einer von allen Mitgliedern unterschriebene Anweisung geleistet. Diese Regelung gilt auch nach Auflösung der Bietergemeinschaft.

§ 13 Aufrechnung / Abtretung

Der AN darf nur mit anerkannten oder rechtskräftig festgestellten Forderungen gegen Forderungen des AG aufrechnen.

Die Abtretung von Forderungen gegen den AG ist nur mit dessen vorheriger Zustimmung gestattet.

§ 14 Vertragsstrafen

14.1 Eine Vertragsstrafe wird vereinbart für:

- ☐ die schuldhafte nicht zeitgerechte Vorlage eines Terminplanes gem. Anlage 10 Lph. 2 HOAI i. H. v. 1 % der Nettoauftragssumme
- ☐ die schuldhafte Nichteinhaltung der in § 9 vereinbarten Fristen mit Ausnahme der Frist in Ziffer 9.2 i. H. v. 2 % der Nettoauftragssumme
- ☐ die schuldhafte Nichteinhaltung des vom AG für verbindlich erklärten Endtermins für die Baumaßnahme i. H. v. 3 % der Nettoauftragssumme
- ☐ die schuldhaft nicht fristgerechte Vorlage der Projektabrechnung, einschl. Honorarabrechnung zu dem dafür gesetzten Zeitpunkt i. H. v. 2 % der Nettoauftragssumme.

14.2 Wegen der erheblichen Gefahr der Rückforderung von Fördermitteln im Falle der nicht VOB/A, VgV bzw. UVGO gerechten Ausführung/ Beschaffung vereinbaren die Vertragsparteien für das Fehlen einer Vorschlagsliste, durch die der AN die Eignung der Firmen vorab als Entscheidungsgrundlage für den AG geprüft hat, eine Vertragsstrafe, sofern die Liste auch nach erneuter Aufforderung und Fristsetzung nicht vorgelegt wurde, in Höhe von €.

14.3. Bei Überschreitung der zu § 9 vereinbarten Fristen

- ☐ hat der AN eine Vertragsstrafe von 0,15 v. H. für jeden Arbeitstag der Verspätung, höchstens jedoch 5 v. H. der geprüften Nettohonorarsumme zu zahlen.

14.4 Insgesamt darf die unter Ziffer 13.1 bis Ziffer 13.3 vereinbarte Vertragsstrafe 5 % der Nettoauftragssumme nicht übersteigen.

14.5 Hat der AN schuldhaft eine Korruptionsabsprache getroffen, so wird, wenn die Absprache nachgewiesen wird, eine Vertragsstrafe i. H. v. 15 % der Nettoauftragssumme fällig.

14.6 Der AG behält sich die Geltendmachung einer weitergehenden Schadensersatzforderung vor.

§ 15 Urheber- und Verwertungsrecht

- 15.1 Soweit die vom AN erstellten Unterlagen und das ausgeführte Werk ganz oder in Teilen urheberrechtlich geschützt sind, bestimmen sich die Rechte der AG auf Nutzung und Änderung dieses Werkes nach Ziffer 15.1. Ansonsten gilt Ziffer 15.2
- 15.1.1 Der AG darf die Unterlagen für die im Vertrag genannte Baumaßnahme nutzen und ändern; dasselbe gilt auch für das ausgeführte Werk. Der AG wird den AN vor wesentlichen Änderungen des Werkes anhören. Die Unterlagen dürfen auch für eine Wiederherstellung des Werkes verwandt werden.
- 15.1.2 Der AG darf die Unterlagen sowie das ausgeführte Werk dann ändern, wenn
- 15.1.3 eine Interessensabwägung im Einzelfall ergibt, dass das Gebrauchs- und Nutzungsinteresse des AG das Schutzinteresse des AN an seinem unveränderten Werk überwiegt. In einem solchen Falle wird dem AN Gelegenheit gegeben, innerhalb einer angemessenen Frist zu der geplanten Änderung Stellung zu nehmen.
- 15.1.4 Vorhandene Mängel am Bauwerk, die insbesondere eine Gefahr für die Sicherheit darstellen und nicht ohne Änderung des Werkes behoben werden können, kann der AN ohne Mitwirkung des AG beheben. Soweit möglich wird der AN vor der Ausführung der Änderung angehört.
- 15.2 Der AG hat das Recht, die Unterlagen für die Planung für die im Vertrag genannte Baumaßnahme ohne Mitwirkung des AN nutzen und ändern; dasselbe gilt auch für das ausgeführte Werk.
- 15.3 Der AG hat das Recht zur Veröffentlichung unter Namensangabe des AN.
Der AN bedarf zur Veröffentlichung der vorherigen schriftlichen Zustimmung des AG.
- 15.4 Der AG ist verpflichtet, dem AN auch nach Beendigung des Vertrages den Zutritt zu dem Werk oder der Anlage zu gestatten.
- 15.5 Die vom AN an die AG herauszugebenden Datenträger können ohne gesonderte Lizenzgebühr von der AG - allerdings nur für die vom Vertrag umfasste Baumaßnahme - genutzt werden.
- 15.6 Der AN hat kein Recht darauf, dass sein Name am Werk genannt wird.
- 15.7 Die vorstehenden Regelungen gelten auch dann, wenn dieser Vertrag - gleich aus welchen Gründen - vorzeitig beendet wird.

§ 16 Rechtswahl, Erfüllungsort und Gerichtsstand

Dieser Vertrag unterliegt ausschließlich dem deutschen Recht. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Unna.

Es wird die Anwendung der deutschen Sprache vereinbart.

§ 17 Schriftform

Mündliche Nebenabreden zu dieser Vereinbarung bestehen nicht. Änderungen und Ergänzungen zu dieser Vereinbarung bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für eine Aufhebung dieser Schriftformklausel.

§ 18 Salvatorische Klausel - Unwirksamkeit von Vertragsbestimmungen

- 18.1 Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam oder nichtig sein oder werden, so berührt dies die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen dieses Vertrages nicht.
- 18.2 Die Parteien verpflichten sich unwirksame oder nichtige Bestimmungen durch neue Bestimmungen zu ersetzen, die dem in den unwirksamen oder nichtigen Bestimmungen enthaltenen wirtschaftlichen Regelungsgehalt in rechtlich zulässiger Weise gerecht werden. Entsprechendes gilt, wenn sich in dem Vertrag eine Lücke herausstellen sollte. Zur Ausfüllung der Lücke verpflichten sich die Parteien auf die Vereinbarung angemessener Regelungen in diesem Vertrag hinzuwirken, die dem am nächsten kommen, was die Vertragschließenden nach dem Sinn und Zweck des Vertrages bestimmt hätten, wenn der Punkt von ihnen bedacht worden wäre.

Als Anlagen zum Vertrag gelten:

1. Leistungsbeschreibung im Exposé zum Vergabeverfahren mit Anlagen vom
2. Angebot des Auftragnehmers vom
3. Die Beschreibung der Baumaßnahme und der zu erbringenden Leistungen
4. Die Bewerbungsbedingungen aus dem Verhandlungsverfahren

Auftraggeber

Unna,

Kreisstadt Unna
Der Bürgermeister

Im Auftrag

Auftragnehmer

Unna,

Stempel u. Unterschrift

Stempel u. Unterschrift